

01.11.2021

## "Wirtschaft braucht einen Investitionsruck"

IHK-Unternehmensbarometer zeigt Erwartungen an die neue Bundesregierung

Die deutschen Unternehmen erwarten von der künftigen Bundesregierung deutlich mehr Tempo und ein besseres Umfeld für ihre erforderlichen Investitionen. Das geht aus dem vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) veröffentlichten IHK-Unternehmensbarometer 2021 hervor. Die Ergebnisse basieren auf Antworten von rund 3 500 Betrieben aus allen Branchen und Regionen der IHKs.

„Digitalisierung, Klimaschutz und der Fachkräftemangel sind für die Unternehmen die wichtigsten Zukunftsthemen. Sie haben die Sorge, dass Deutschland hier zunehmend an Boden verliert“, fasst Peter Adrian, Präsident des DIHK sowie der IHK Trier, die Antworten zusammen.

„Unsere Wirtschaft braucht jetzt einen spürbaren Investitionsruck in Deutschland. Wir müssen private und öffentliche Investitionen fördern und zügiger entscheiden können. Die Unternehmen sehen sich allzu oft von komplexen Regulierungen, langwierigen Verfahren und praxisfernen Vorgaben ausgebremst.“

### Digitalisierung rangiert ganz oben auf der Liste

Als wichtigstes Thema, das die künftige Bundesregierung anpacken soll, sehen die Unternehmen mit 61 Prozent „Digitalisierung vorantreiben“. Danach folgt „Verwaltungsleistungen verbessern und beschleunigen“ (41 Prozent). „Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und eine schnelle Verwaltung werden die Unternehmen ihre großen Zukunftsaufgaben hierzulande ebenso wie im weltweiten Wettbewerb nicht bewältigen können“, betont Adrian.

Zu den wichtigsten fünf Unternehmensthemen für die neue Bundesregierung gehören zudem „Klimapolitik investitionssicher und wettbewerbsfähig gestalten“ (39 Prozent), „Unternehmensbesteuerung modernisieren“ (33 Prozent) sowie „Staatliche Belastung des Strompreises reduzieren“ (31 Prozent). Adrian: „Entlastungen bei Strompreisen und Unternehmenssteuern können dafür sorgen, dass Unternehmen wieder mehr in Menschen, Maschinen und den Klimaschutz investieren können.“

### Unternehmen bewerten Standortqualität schlechter

Die Betriebe bewerten aktuell die meisten Standortfaktoren für ihre wirtschaftliche Entwicklung deutlich schlechter als vor vier Jahren. Schlusslicht ist die Bürokratie mit einer Durchschnittsnote von 4,8 – das sind nochmals 0,5 Punkte weniger als 2017.

„Gerade nach den Erfahrungen der Corona-Krise fordern die Unternehmen immer nachdrücklicher, sich nicht mehr mit unklaren Regelungen und sich wiederholenden Datenangaben in Papierform befassen zu müssen“, erläutert der DIHK-Präsident.

Auch den Ausbau der digitalen Infrastruktur etwa bei Glasfaserleitungen beurteilen die Betriebe als schlecht (Note 4,3 nach 3,7 vor vier Jahren). Adrian: „Öffentliche Investitionen in eine schnelle digitale Verwaltung sind dringend nötig, damit Unternehmen zügiger investieren können.“

### Energiekosten bremsen Investitionen aus

Besonders negativ bewerten die Betriebe die Strom- und Energiekosten (Durchschnittsnote jeweils 4,5). Bei den gewerblichen Strompreisen ist Deutschland in fast allen Verbrauchsgruppen europäischer Spitzenreiter. Die Bewertung dieses Standortfaktors sackt mit minus 0,8 Notenpunkten im Vergleich zum Jahr 2017 am stärksten ab. In der Industrie vergeben die mittelständischen Unternehmen bei den Stromkosten sogar eine glatte 5.

Zudem treibt die nationale Sonder-CO<sub>2</sub>-Bepreisung fossiler Brennstoffe die Energiekosten vieler Industrie-Unternehmen weiter in die Höhe und belastet deren Wettbewerbsfähigkeit auch innerhalb Europas. „Das bremst Investitionen in klimafreundliche Antriebe, Technologien und Produktionsanlagen“, sagt der DIHK-Präsident. So haben die Unternehmen im vorigen Jahr insgesamt 13 Prozent weniger in Ausrüstung wie Maschinen und technische Anlagen investiert. „Klimaneutralität werden wir aber nur mit vielen privaten Investitionen erreichen können.“

Ebenfalls kritisch sehen die Unternehmen die Situation beim Fachkräfteangebot und die hohen Unternehmenssteuern (jeweils 4,0). Luft nach oben gibt es zudem bei der Verkehrsinfrastruktur (3,5) und bei der Verfügbarkeit von Gewerbeflächen (3,6).

Nach wie vor eher positiv schätzen Unternehmen die duale Berufliche Bildung, die Rechtssicherheit in Deutschland sowie die Situation bei Forschung und Innovation ein. Allerdings fiel auch hier die Bewertung etwas schlechter aus als noch 2017.

## ANSPRECHPARTNER

Standortpolitik

**DR. MATTHIAS SCHMITT**

Tel.: 0651 9777-901

Fax: 0651 9777-505

[schmitt@trier.ihk.de](mailto:schmitt@trier.ihk.de)